



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

Zusätzliche Professorenstellen gefordert

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

scher Lage und Forschungsschwerpunkten geprägte) hochschulspezifische Gestaltung des Studiums erlaubt. Zusätzlich sei auch ein Rahmen für Diplomstudiengänge mit den Fächern Anglistik/Amerikanistik und Romanistik in Verbindung mit Sachfächern wie Wirtschaftswissenschaft festgelegt worden.

Die Kommission richte einen eindringlichen Apell an die Arbeitgeber in Bund und Ländern, in Verbänden und in der Wirtschaft, die besonderen Fähigkeiten und Kenntnisse, die durch ein Studium der Fächer Germanistik, Anglistik/Amerikanistik und Romanistik erworben werden, zu nutzen und den Absolventen der durch diese Empfehlungen neu gestalteten Studiengänge eine ihren Qualifikationen entsprechende Berufschance zu bieten. Sie fordere die Hochschulen auf, so schnell wie möglich, sofern nicht bereits geschehen, das Lehrangebot so zu gestalten, daß die Studenten bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt finden können. Dazu gehöre auch ein intensiver Dialog der Hochschulen mit potentiellen Arbeitgebern.

**KMK: Überregionale Studienreformerarbeit notwendig
Mikrorechnernetze für Studium und Lehre**

Die Kultusminister und -senatoren der Länder traten am 4./5. Oktober 1984 unter dem Vorsitz von Kultusminister Georg-Bernd Oschatz (Nieder-

sachsen) in Hildesheim zu ihrer 220. Plenarsitzung zusammen.

Die Minister haben auf dieser Sitzung u.a. über die Verbesserung der überregionalen Studienreformer beraten. Es bestand dabei Einigkeit, daß eine überregionale Studienreform weiterhin notwendig ist. An dieser Reformarbeit seien auch Vertreter der Berufspraxis beratend zu beteiligen. Bei allen Überlegungen zur Verbesserung und Beschleunigung des derzeitigen Verfahrens müßten nach Auffassung der Kultusminister die besonderen Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten der Länder für die Studienreform gewahrt werden.

Die Konferenz will die intensiven Arbeiten an der Verbesserung des derzeitigen Instrumentariums fortsetzen und hoffe, so die KMK, bis zum Ende des Jahres einen Verbesserungsvorschlag für eine Straffung der überregionalen Studienreform vorlegen zu könne.

Die Minister erörterten ferner die Situation von Forschung und Lehre im Studiengang Informatik. In diesem Zusammenhang begrüßte die KMK den Vorschlag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft und den Beschluß des Planungsausschusses für den Hochschulbau für ein gemeinsames Programm von Bund und Ländern zur Ausstattung der Hochschulen mit Mikrorechnernetzen für den Einsatz in Studium und Lehre. Die KMK erwartet, daß alle erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung des Pro-

gramms angesichts der äußerst angespannten Situation im Studiengang Informatik mit der größtmöglichen Beschleunigung in Angriff genommen werden.

Zusätzliche Professorenstellen gefordert

Die Präsidenten der sechs großen Wissenschaftsorganisationen haben in einem an die Regierungschefs von Bund und Ländern gerichteten Memorandum besorgt darauf hingewiesen, daß mangelnder personalpolitischer Spielraum die Leistungsfähigkeit der Hochschulforschung in den nächsten Jahren gefährde. In einer Erklärung schlugen sie vor, die Länder sollten jährlich bis Ende der 80er Jahre mindestens 200 neue Professorenstellen schaffen und den Hochschulen gezielt unter forschungspolitischen Gesichtspunkten zuweisen.

Seit 1975, so die Spitzen der Wissenschaftsorganisationen, habe sich der Stellenbestand an den Hochschulen für wissenschaftliches Personal nicht mehr nennenswert verändert. Dagegen stieg die jährliche Zahl der Studienanfänger seit Anfang der 70er Jahre um mehr als die Hälfte. Als weitere negative Entwicklung nennt das Memorandum die ungleichgewichtige Altersstruktur der Professoren, bei denen die mittleren Altersgruppen dominieren. Wegen dieser Situation hätten die Hochschulen kaum Möglichkeiten, aus dem eigenen Personalbe-

stand durch Umwidmung forschungsaktive Fächer zu stärken, Schwerpunkte aufzubauen und neue, forschungs- und entwicklungsintensive Fachgebiete aufzugreifen.

Vor diesem Hintergrund wurde die Einrichtung von zentralen Pools für Professorenstellen bei den Wissenschaftsministerien der Länder vorgeschlagen. Die Länder sollen zum Ausgleich der verzerrten Altersstruktur fünf Jahre lang jeweils ein Prozent mehr Professorenstellen einrichten. Pro Stelle wäre jährlich ein Gesamtaufwand einschließlich der Sachkosten von rund 200.000 DM erforderlich.

'Forschungsmittel selber beschaffen'

Nordrhein-Westfalen will den Technologietransfer haushaltsrechtlich erleichtern, um die bürokratischen Bremsklötze zwischen Hochschulen und Wirtschaft zu beseitigen. Das kündigte am 27. September Wissenschaftsminister Rolf Krumsiek auf der "Kanzlertagung '84" der Hochschulen des Landes in der Bergischen Universität und Gesamthochschule Wuppertal an.

Die geplanten Neuerungen sollen es nach seinen Angaben den Wissenschaftlern beispielsweise ermöglichen, Forschungsmittel von dritter Seite, zuletzt 360 Millionen Mark im Jahr, selbst zu beschaffen und eigenständig auszugeben. Darüber hinaus sei vorgesehen, Forscher auf Zeit in Industrieunternehmen

zu schicken. Die Entgelte für Forschungsvorhaben zugunsten anderer sollten direkt in den Forschungsetat der jeweils eingeschalteten Hochschule fließen. Zu den neuen Akzenten gehöre auch die bereits begonnene Einrichtung von Technologieparks, in denen junge Unternehmer mit Hochschulhilfe Produkte und Verfahren bis zur Marktreife entwickeln könnten.

Im Bund will sich der Minister, wie er sagt, dafür einsetzen, daß die Forschungsförderung gemeinnütziger Stiftungen, insbesondere von Sammelstiftungen, steuerrechtlich begünstigt werden. Alle Maßnahmen sollten dazu dienen, Zukunftstechnologien zu entwickeln, die mit den knappen Gütern der Natur vorsichtig umgehen und die Belastbarkeit der Umwelt berücksichtigen.

Stipendiaten nach Japan

In diesem Jahr hat der Deutsche Akademische Auslandsdienst (DAAD) ein Programm eingerichtet, das deutschen Graduierten von wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen die Möglichkeit gibt, in zwei Jahren die japanische Sprache zu lernen und die Kultur, Wirtschaft und Forschung des Landes in unmittelbarer Erfahrung zu erleben. Der erste Stipendiatenjahrgang ist seit September 1984 in Japan. Das Programm, das aus Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft finanziert wird, soll im

nächsten Jahr fortgesetzt werden. Der DAAD als Hochschulorganisation, das Bildungsministerium und der Stifterverband als Vertreter der Wirtschaft sähen in dem Programm einen Beitrag zur Deckung des Bedarfs an Fachleuten in Wirtschaft und Verwaltung, die sich in der Sprache und in den Denk- und Arbeitsweisen des modernen Japan auskennen, teilt der DAAD in einer Pressenotiz mit.

Das Angebot richtet sich an Graduierte mit einem Abschluß in Naturwissenschaften, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften (ausgenommen Architektur, Design und Landwirtschaft).

Bei Stipendienantritt (Juni 1985) darf der Studienabschluß nicht länger als drei Jahre zurückliegen.